

Ein Dossier von Caritas international und Diakonie Katastrophenhilfe
in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

¡Basta ya! – Kolumbiens Krieg

...und die Hoffnung der Menschen auf ein Ende der Gewalt



Diakonie 
Katastrophenhilfe


caritas international
DAS HILFSWERK DER DEUTSCHEN CARITAS



Oliver Müller
ist Leiter von Caritas international.



Martin Keßler
ist Leiter der Diakonie Katastrophenhilfe.

Liebe Leserinnen und Leser,

der Krieg in Kolumbien dauert seit mehr als 50 Jahren an. Die Gründe, warum dieser Konflikt dennoch immer wieder in Vergessenheit gerät, sind vielfältig: Kolumbien ist weit weg, ist für Europa von geringer politischer und strategischer Bedeutung – und die Flüchtlinge kommen in der Regel nicht hierher.

Caritas international und die Diakonie Katastrophenhilfe leisten seit Jahren humanitäre Hilfe in Kolumbien und setzen dabei dort an, wo die Not am größten ist: bei den Vertriebenen, den indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden und bei all jenen, die besonders von der Gewalt im Land betroffen sind. Die beiden christlichen Hilfswerke arbeiten dabei nach denselben Prinzipien: dem der Neutralität der Hilfe, die sie ohne Ansehen von ethnischer Zugehörigkeit, Religion und politischer Überzeugung gewähren; dem der „Hilfe zur Selbsthilfe“, die Betroffene aktiv mit einbezieht; dem „Partnerprinzip“, nach dem die Kompetenz der lokalen Partner respektiert und gefördert wird; und dem der „Nachhaltigen Hilfe“, die weit über die kurzfristige Überlebenshilfe hinausgeht.

Die Zusammenarbeit reicht zurück bis in die 1960er Jahre, als Caritas und Diakonie gemeinsam Hungernden im nigerianischen Biafra halfen. Mit ihrer gemeinsamen Aktion „Die größte Katastrophe ist das Vergessen“ treten beide Hilfswerke Jahr für Jahr dafür ein, dass vergessene Krisen in das öffentliche Bewusstsein rücken. Möge die durch das Auswärtige Amt ermöglichte Ausweitung der Arbeit in Kolumbien ein weiterer Schritt dieser im ökumenischen Geist entwickelten Kooperation sein.

Mit besten Grüßen

3 Der Krieg in Kolumbien – eine vergessene Krise?

Krisen, Konflikte und Kriege abseits der öffentlichen Wahrnehmung
Stephan Günther

6 Den Frieden gewinnen

Das Abkommen zwischen kolumbianischer Regierung und FARC-Rebellen steht kurz vor dem Abschluss
Sabine Kurtenbach und Philipp Lutscher

10 Eine Geschichte der Gewalt

Die Ursachen für Kriege und Konflikte in Kolumbien reichen weit in die Historie des Landes
Stephan Günther

12 Rechte sichern und Schutz bieten

Die Arbeit von Caritas international in den Konfliktregionen Kolumbiens
Philipp Lang

14 Menschenwürdige Lebensbedingungen schaffen

Die Arbeit der Diakonie Katastrophenhilfe in den Konfliktregionen
Anne Dreyer

16 „Darauf beharren, dass Gewalt der falsche Weg ist!“

Interview mit Msgr. Héctor Fabio Henao Gaviria, Direktor der Caritas Kolumbien

19 ¡Basta ya!

Eine Ausstellung will den vergessenen Opfern des Konflikts das Wort geben
Andrea Edler

Finanziert durch



german
humanitarian
assistance

DEUTSCHE HUMANITÄRE HILFE

Der Krieg in Kolumbien – eine vergessene Krise?

Krisen, Konflikte und Kriege abseits der öffentlichen Wahrnehmung

| Stephan Günther

Seit 50 Jahren herrscht Krieg in Kolumbien. Anders als in den 1960er Jahren, als Informationen nur spärlich aus Lateinamerika über den Ozean nach Europa gelangten, bleibt heute, im Medienzeitalter, kaum mehr etwas im Verborgenen. Dennoch ist die Krise in Kolumbien eine – fast – vergessene. Dort, wie auch in anderen Kriegsgebieten am Rande des medialen Interesses, hat dies gravierende Folgen.

Insgesamt 32 Kriege und bewaffnete Konflikte verzeichnete die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) der Universität Hamburg im Jahr 2015. Über die Kriege in Syrien, im Irak, in der Ukraine und in Afghanistan berichten die Medien fast täglich, über die in Libyen, im Jemen und in der Türkei zumindest dann, wenn eine größere Anzahl an Opfern zu beklagen ist. Doch es sterben auch Soldaten und Zivilisten in Ländern und Regionen, die der breiten Öffentlichkeit als Kriegsschauplätze nahezu unbekannt sind: in der Demokratischen Republik Kongo, dem Sudan, in Myanmar oder auf den Philippinen.

Was aber bedeutet es für die betroffenen Menschen in den Konfliktregionen, wenn von ihrem Leid, von den Menschenrechtsverletzungen, von den Ursachen der Kriege und ihren Bemühungen um Frieden kaum Notiz genommen wird? Welche Folgen hat der Mangel an medialem Interesse für die humanitäre Hilfe und für die Hilfsorganisationen, die diese Hilfe leisten? Und welche Auswirkungen hat das auf die Konfliktparteien selbst?

Medien zwischen Beobachtung und Propaganda

Wenn ein Konflikt oder ein Krieg unter öffentlicher „Beobachtung“ steht, kann dies unmittelbare Auswirkungen auf die internationalen politischen Rahmenbedingungen haben. „Eine detaillierte Berichterstattung ist eine grundlegende Voraussetzung zur Früherkennung möglicher Gewaltspiralen“, so der Friedens- und Konfliktforscher Sebastian Cu-



»Wir sind alle Vertriebene hier. Fast jeder hat einen Familienangehörigen durch Gewalt verloren.«

»Ich habe 12 Jahre als Landarbeiterin auf einer Finca mit 30 Hektar Land gearbeitet. Für mich und meine Familie habe ich aber nie eine Zwiebel oder Tomate gepflanzt. Dann wurden wir von dort vertrieben. Die Partnerorganisation der Diakonie Katastrophenhilfe zeigte uns in unserem neuen Zuhause, wie man organischen Dünger herstellt und ein Stück Land bestellt. Heute wachsen in meinem Garten Zwiebeln, Tomaten, Koriander, Zucchini, Mangold und Papayas. Damit kann ich den Speiseplan meiner Familie aufbessern. Ich verkaufe mein Gemüse auf dem solidarischen Wochenmarkt. Inzwischen kommen die Menschen von weit her, um unser organisches Gemüse zu kaufen. Wir Frauen lernen voneinander und geben unser Wissen weiter. Früher war das nicht so, jeder blieb für sich, man hat nicht viel mit den Nachbarn gesprochen. Wir sind alle Vertriebene hier. Fast jeder hat einen nahen Familienangehörigen durch Gewalt verloren, viele haben schlimme Dinge erlebt in ihren Dörfern. Die Menschen fühlen sich bedroht und erzählen nicht viel, sie haben Angst.«

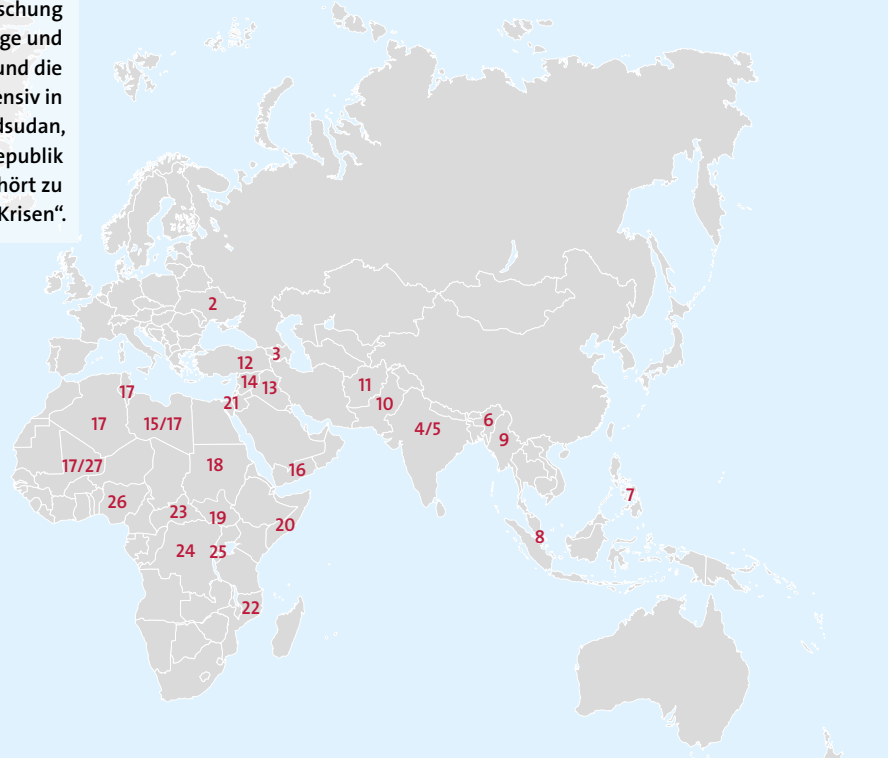
Dolores Chávez, 46 Jahre, drei Kinder

jai von CONIAS Risk Intelligence, das sich auf die Erhebung und Bewertung von Konfliktdaten spezialisiert hat „Regelmäßige Lagebilder über aktuelle Friedenseinsätze wirken wiederum unterstützend auf den Rückhalt der Staaten für die internationalen Friedensmissionen.“ Anders ausgedrückt: Wenn die Folgen eines Krieges an die Öffentlichkeit gelangen, erhöht dies den Druck auf die Vereinten Nationen und andere internationale Akteure, tätig zu werden.

Doch Cujai macht am Beispiel des Irakkriegs 2003 auch deutlich, dass Berichterstattung nicht per se friedensfördernd wirkt. Unter Umständen kann sie einen Krieg sogar noch befeuern: Die in militärische Einheiten der USA im Irak eingebetteten Reporter „berichteten vornehmlich aus dem Blickwinkel einer Konfliktpartei, wobei ihre Berichte im Vergleich zu unabhängigen Beiträgen wohl-

Kriege und Konflikte weltweit

Die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) registriert für 2015 weltweit insgesamt 32 Kriege und bewaffnete Konflikte. Während über den Syrienkrieg und die bewaffneten Auseinandersetzungen in Afghanistan intensiv in den Medien berichtet wird, werden die Konflikte in Südsudan, auf den Philippinen oder in der Zentralafrikanische Republik kaum wahrgenommen. Auch der Krieg in Kolumbien gehört zu den weitgehend „vergessenen Krisen“.



- 1 Kolumbien:** Der älteste noch andauernde Guerillakrieg begann 1964.
- 2 Ukraine:** Pro-russische Separatisten kämpfen für die Abspaltung der Ostukraine bzw. deren Anschluss an Russland.
- 3 Kaukasus:** Konflikte um Unabhängigkeit u.a. in Südossetien/Georgien, Tschetschenien/Russland, Berg-Karabach/Armenien/Aserbaidschan.
- 4 Indien:** Bewaffneter Kampf des „National Socialist Council of Nagaland“ und der Vereinigten Befreiungsfront von Assam (ULFA) um Unabhängigkeit sowie Guerillakrieg maoistischer Naxaliten gegen die Zentralregierung.
- 5 Indien/Pakistan:** Seit dem Ende des Vierten Indisch-Pakistanischen Kriegs 1999 wird der Kaschmir-Konflikt durch radikalislamische Rebellenorganisationen fortgeführt.
- 6 Myanmar:** Bewaffneter Konflikt zwischen Regierung und Rebellen in nördlichen Landesteilen (seit 1948).
- 7 Philippinen:** Die Moro-Islamische Befreiungsfront (MILF) kämpft um Autonomie muslimisch geprägter Landesteile, die Neue Volksarmee (NPA) für einen kommunistischen Staat.
- 8 Indonesien:** Bewaffneter Konflikt zwischen dem indonesischen Militär und der „Organisation für ein freies Papua“.
- 9 Thailand:** Die malaiisch-muslimische Minderheit der Patani kämpft im Süden für (Teil-) Autonomie.

- 10 Pakistan:** Kampf der Taliban gegen die Regierung. Seit 2004 US-Drohnenangriffe im Rahmen des Kriegs gegen den Terror.
- 11 Afghanistan:** Kämpfe zwischen Taliban und afghanischen Sicherheitskräften.
- 12 Türkei/Nordirak:** Kampf der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) um Autonomie gegen die türkische Zentralregierung und in Nordirak gegen den „Islamischen Staat“.
- 13 Irak:** Krieg der irakischen Armee, kurdischer Verbände und internationaler Truppen gegen den „Islamischen Staat“.
- 14 Syrien:** Seit 2011 Bürgerkrieg oppositioneller Gruppen gegen das Regime, an dem heute u.a. auch die jihadistischen Milizen al-Nusra-Front und „Islamischer Staat“, kurdische Streitkräfte sowie russische, europäische und US-amerikanische Luftwaffe beteiligt sind.
- 15 Libyen:** Bürgerkrieg seit 2014 zwischen Regierungstruppen und islamistischer Gegenregierung sowie verschiedenen islamistischen Gruppen.
- 16 Jemen:** Bürgerkrieg zwischen Huthi-Rebellen und Regierung. Militärintervention einer von Saudi-Arabien angeführten internationalen Allianz seit 2015/2016 zur Unterstützung der Regierung.
- 17 Maghreb-Staaten:** Terroristisch geführter Kampf der Organisation „al-Qaida des Islamischen Maghreb“ in Algerien, Tunesien, Libyen, Mali u.a.
- 18 Sudan:** Rebellen kämpfen für die Abtretung einiger Provinzen an den Südsudan.

- 19 Südsudan:** Kämpfe zwischen ethnisch und politisch organisierten Gruppen um Vorherrschaft.
- 20 Somalia:** Bürgerkrieg zwischen islamistischen Terrorgruppen und Regierung.
- 21 Nahostkonflikt:** Territorialkonflikte zwischen Israel und palästinensischen Organisationen, verschärft durch terroristische Gruppen (Hamas, Hisbollah u.a.).
- 22 Mosambik:** Konflikte um politische und wirtschaftliche Macht.
- 23 Zentralafrikanische Republik:** Seit 2012 Gefechte der Regierung mit islamisch dominierten Rebellen der Séléka.
- 24 Demokratische Republik Kongo:** Bewaffnete Auseinandersetzungen konkurrierender Milizen v.a. im Osten des Landes.
- 25 Burundi:** Konflikte zwischen Hutu- und Tutsi-Gruppen.
- 26 Nigeria:** Terror der islamistischen „Boko Haram“.
- 27 Mali:** Seit 2013 unterstützt Frankreich die Regierung militärisch gegen islamistische und Tuareg-Milizen.

Quellen: Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF), Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK)

wollender waren“. Sie waren demnach meist „wohlwollend“ in Bezug auf die US-Kriegsführung und hinterfragten selten die militärischen und nachrichtendienstlichen Berichte. So gelangten beispielsweise manipulierte Berichte über angebliche Chemiewaffen des irakischen Regimes ungeprüft in die Medien und dienten den USA dazu, den Krieg gegenüber der US-Bevölkerung und international zu legitimieren.

Auch in dem seit mehr als 50 Jahren andauernden Krieg in Kolumbien hat Präsenz in den Medien bei weitem nicht immer dazu geführt, dass die Intensität der Kämpfe geringer geworden wäre. Im Gegenteil: Ende der 1990er Jahre machte der zunehmende Drogenanbau Kolumbien in den internationalen Medien zum reinen „Drogenstaat“. Der in der Folge von der kolumbianischen Regierung entwickelte Plan Colombia, in den die USA seit seiner Einführung im Jahr 2000 bis 2015 knapp zehn Milliarden US-Dollar investierten, sollte „staatliche Institutionen bei der Drogen- und Aufstandsbekämpfung unterstützen, den bewaffneten Konflikt beenden und den sozialen Aufbau ankurbeln. 71 Prozent der Gelder wurden in die Sicherheitskräfte gesteckt. In den darauffolgenden Jahren nahmen Gewalt und Menschenrechtsverletzungen drastisch zu“, so Juliette Schlebusch auf amerika21.de, einem Lateinamerika-Nachrichtenportal (07.02.2016). Und weiter: „Verschleppungen, außergerichtliche Hinrichtungen, Vertreibungen, Zerstörung der Lebensgrundlage der Bauern aufgrund der aus der Luft abgeworfenen Pestizide zur Zerstörung der Kokafelder, ein dennoch florierendes Drogengeschäft – das sind die ‚Erfolge‘ des Plan Colombia.“ Der Fokus der Berichte auf die Drogenproblematik verschärfte den Krieg noch und blendete den Blick auf die Opfer weitgehend aus.

Einseitige Berichterstattung kann schnell zu Propaganda werden und als solche einen Konflikt noch anheizen, während eine ausgewogene, unabhängige Berichterstattung das Handeln aller Kriegsparteien hinterfragt, die Not der Betroffenen zeigt und bestenfalls Freiräume für Dialog und Verständigung eröffnet.

Diese Aufgaben haben neben den unabhängigen Medien auch viele nichtstaatliche Organisationen übernommen. So haben etwa die Berichte von amnesty international über Menschenrechtsverletzungen, über illegalen Landraub durch internationale Konzerne und über die Vertreibung der Zivilbevölkerung in Kolumbien großes Echo in ausländischen Medien gefunden. Die Diakonie Katastrophenhilfe und ihre Partner haben gezielt Medien mobilisiert, die über

die Situation der Menschen in den Konfliktgebieten berichten. Tierra de Paz etwa hat Interviewmöglichkeiten geschaffen, Berichte anonymisiert nach draußen gebracht, damit die nationale und internationale Presse diese Informationen aufgreifen kann. Im Vorfeld des aktuellen Friedensprozesses gingen auch andere in Kolumbien tätige Hilfswerke und Organisationen mit offenen Briefen und Pressemeldungen an die Öffentlichkeit. Ein Bündnis deutscher nichtstaatlicher Organisationen – zu denen auch Caritas international gehörte – forderte im Juli 2011 in einer gemeinsamen Pressemitteilung den damaligen Außenminister Guido Westerwelle dazu auf, sich „bei seinem Staatsbesuch in Kolumbien persönlich bei seinen kolumbianischen Gesprächspartnern für die Sicherheit der Mitglieder von Menschenrechts- und Bauernorganisationen“ einzusetzen.

| Der Kampf gegen das Vergessen ist gefährlich

Wie gefährlich dabei die Unterstützung von Vertriebenen und anderen zivilen Betroffenen des Krieges und insbesondere der Einsatz für die Menschenrechte nach wie vor ist, macht der Jahresbericht Kolumbien 2015 von amnesty international deutlich: „Menschenrechtsverteidiger waren erheblichen Gefahren ausgesetzt. Das Büro der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte in Kolumbien verzeichnete zwischen Januar und September 40 Tötungen von Menschenrechtsverteidigern. (...) Zu den Opfern gehörten Sprecher von indigenen Volksgruppen und Afro-Kolumbianern, Landrechtsaktivisten und Gemeindesprecher. Nach Angaben der NGO Escuela Nacional Sindical wurden bis zum 11. Dezember 2014 insgesamt 20 Gewerkschaftsmitglieder ermordet.“

Weltweit wurden 2015 nach Angaben der Organisation Reporter ohne Grenzen 110 Journalisten getötet, besonders viele davon in Kriegsgebieten wie dem Irak, Syrien und Jemen. Außer unmittelbarer Gewalt führen auch Verbote, Zensur und erschwerte Arbeitsbedingungen dazu, dass unabhängige journalistische Arbeit kaum möglich ist. Die ebenfalls von den Reportern ohne Grenzen veröffentlichte „Rangliste der Pressefreiheit“ listet unter 180 genannten Ländern im hinteren Drittel neben Diktaturen wie Nordkorea (Rang 180) und Eritrea (179) insbesondere Staaten auf, in denen Krieg herrscht: Syrien (177), Jemen (168), die Philippinen (141), die Ukraine (129) und Kolumbien (128).

Dass Diktatoren und Kriegsparteien, die Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen nicht an die Öffentlichkeit gelangen lassen wollen, eine Berichterstattung verhin-

dern, ist jedoch nicht der einzige Grund für das „Vergessen“ von Krisen. Häufig passen die Kriege und Konflikte schlicht nicht ins Raster der Medien. Myanmar, der Südsudan oder der Kongo sind für die westliche (Medien-) Welt strategisch und wirtschaftlich von geringer Bedeutung und zu weit entfernt, sie sind keine Touristenziele und keine Herkunftsländer von Flüchtlingen, die es bis nach Europa oder in die USA schaffen.

Für die humanitäre Hilfe bedeutet dies nicht nur, dass Mitarbeitende und Partner erhöhten Gefahren ausgesetzt sind, sondern auch einen Mangel an finanziellen Mitteln und damit erschwerte Bedingungen für die Hilfe. Konflikte wie im Kongo, in Somalia oder in Mali sind wenig spendenwirksam. Und auch öffentliche Gelder zur humanitären Hilfe fließen in vergessene Krisengebiete weit spärlicher als dorthin, woher regelmäßig berichtet wird: Die Bundesregierung hat, den Angaben in ihrem Vierjahresbericht zufolge, im Zeitraum 2010–2013 nur 34 Millionen Euro oder fünf Prozent ihres humanitären Budgets für vergessene Krisen ausgegeben. In zehn von 21 humanitären Krisen hat sie keinerlei Finanzierung gegeben. „2013 stand Syrien mit 54,8 Prozent (183,9 Millionen Euro) an erster Stelle, die vergessene Krise Kolumbien mit der weltweit zweithöchsten Zahl an Binnenvertriebenen bekam nur 0,8 Prozent“, stellte Cornelia Füllkrug-Weitzel, Vorstandsvorsitzende des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung (EWDE), in einer Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe im März 2015 fest.

Dieses Missverhältnis soll – das ist das Ziel der Bundesregierung – künftig überwunden werden. So erklärte Christoph Strässer, der bis Februar 2016 Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe war, im Juni 2015: „Es ist unsere ethische Verantwortung, gemeinsam mit unseren nationalen und internationalen Partnern diesen Menschen mit humanitären Mitteln zu helfen, ihr Überleben zu sichern und ein Leben in Würde zu ermöglichen.“ | |



Stephan Günther
ist Journalist und freier
Mitarbeiter von Caritas
international.

Den Frieden gewinnen

Das Abkommen zwischen kolumbianischer Regierung und FARC-Rebellen steht kurz vor dem Abschluss

| Sabine Kurtenbach und
Philipp Lutscher

Die ursprünglich für den 23. März 2016 geplante Unterzeichnung eines umfassenden Friedensabkommens zwischen kolumbianischer Regierung und der ältesten Guerillagruppe des amerikanischen Kontinents, den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC), wurde zwar kurzfristig verschoben. Die Gespräche in Havanna werden jedoch fortgesetzt. Nach langen Verhandlungen und Jahrzehnten des Bürgerkriegs ist der Frieden endlich in Reichweite.

Frieden in Kolumbien!? Auch wenn der Krieg nicht im ganzen Land mit gleicher Intensität ausgetragen wurde, ist das nach 50 Jahren für viele Menschen in Kolumbien eine neue Perspektive. Das Friedensabkommen ist ein wichtiger Schritt für das südamerikanische Land. Allerdings geht es darum, die Vereinbarungen auch umzusetzen. Die zentrale Aufgabe besteht darin, den Pakt zwischen Regierung und FARC in einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Zukunft des Landes zu übertragen.

Denn während international die Verhandlungen und der Friedensvertrag viel Zustimmung erfahren haben, bleibt die öffentliche Meinung in Kolumbien tief gespalten. Eine zentrale Herausforderung für die kolumbianische Gesellschaft ist die Suche nach Ge-

rechtigkeit, die Bestrafung der Täter, die Entschädigung der Opfer und nicht zuletzt die Versöhnung.

| **Vergangenheitsbewältigung für über sieben Millionen Opfer**

Wie wichtig die Aufarbeitung der Gewalt ist, wenn der Frieden gelingen soll, machen die schieren Zahlen bereits deutlich: Bislang ließen sich über 7,6 Millionen der insgesamt 49 Millionen Kolumbianer als Opfer registrieren.

Die Frage, wie Gerechtigkeit für die Opfer und die Beendigung des Krieges miteinander in Einklang zu bringen sind, stellt alle Gesellschaften auf dem Weg vom Krieg zum Frieden vor große Herausforderungen. Mit dem Inkrafttreten des Statuts von Rom im Jahr 2002 sind umfassende Amnestien für schwere Menschenrechtsverletzungen nicht mehr möglich. Wird in den Unterzeichnerstaaten, zu denen Kolumbien gehört, ein Verbrechen nicht verfolgt, kann Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof erhoben werden.

Das am 23. September 2015 unterzeichnete Abkommen zur Etablierung einer „Sondergerichtsbarkeit für den Frieden“ hat vier Funktionen: die Straflosigkeit zu beenden, die Wahrheit zu finden, Opfer zu entschädigen und schwere Menschenrechtsverletzungen zu bestrafen. Wer sich an der Wahrheitsfindung beteiligt und zu seiner Verantwortung bekennt, kann mit reduzierten Strafen und Sonderkonditionen beim Freiheitsentzug rechnen. Denkbar sind beispielsweise Hausarrest oder die Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf eine Gemeinde. Mechanismen zur Entschädigung der Opfer sollen im Vordergrund stehen – damit wird, auch im weltweiten Vergleich, weitgehend Neuland betreten.

Denn die Regelungen müssen auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt werden, wo Opfer und Täter künftig friedlich zusammenleben sollen. Für Tatbestände, die als „politisch“ oder als mit politischen Aktivitäten verbunden eingestuft werden, strebt die kolumbianische Regierung einen möglichst weitreichenden Straferlass an. Grundlage dafür sind verschiedene Gesetze, die es der Regierung ermöglichen, mit „Gruppen außer-



»Wir Kinder lernen früh, dass wir nichts anfassen dürfen. Auch nicht, wenn es aussieht wie ein alter Fußball.«

»Ich war zwei Jahre alt, als meine Mutter auf eine Mine trat. Sie hatte mich auf ihrem Rücken. Wir flogen beide meterhoch durch die Luft und wurden schwer verletzt. Aber wir hatten Glück. Wir haben beide überlebt und keine Gliedmaßen verloren. Manchmal habe ich starke Kopfschmerzen, und dann sagt meine Mutter, das kommt von dem Unfall.

In der Schule lernen wir, dass wir immer die Straße entlang gehen müssen. Obwohl es über die Wiese natürlich viel kürzer wäre. Unserem Lehrer tut es leid, dass wir Kinder nicht einfach raus können. Er will einen Spielplatz bauen, direkt vor der Schule, wo wir herumtoben können.

Am Abend müssen alle rein. Nach sieben Uhr darf keiner mehr raus, sagen die Männer. Sie haben unserem Lehrer auch verboten, mit Helm Motorrad zu fahren. Obwohl er einen sehr empfindlichen Kehlkopf hat. Aber die Männer haben gesagt: „Wenn du keine Kugel im Kopf haben willst, dann fahr ohne Helm.«

Nancy Rueda, 8 Jahre

halb des Rechts“ Gespräche aufzunehmen. Diese Regelungen bergen allerdings beträchtlichen Konfliktstoff, weil es dabei um nichts weniger geht, als die Legitimität bewaffneter Akteure anzuerkennen.

Die Regierung des derzeitigen Präsidenten Juan Manuel Santos (seit 2010) ist von der Linie der Vorgängerregierung abgewichen, die alle aktiven Guerillagruppen schlicht als „Verbrecher“ und „Terroristen“ klassifiziert hatte, und stand den FARC politische Motive zu. Damit wurde im Jahr 2012 die Aufnahme von Friedensgesprächen möglich. Santos sah die strukturelle Ursache für die fortdauernde Gewalt vor allem in der sozialen Ungerechtigkeit in Landgebieten. Aus dieser Sicht war es folgerichtig, auch den Mitgliedern der FARC für „politische Taten“ Straffreiheit zu gewähren. Die Taten der paramilitärischen Gruppen dagegen konnten einem Urteil des Obersten Gerichtshofs Kolumbiens aus dem Jahr 2007 zufolge nicht als „politisch“ eingestuft werden; eine Amnestie für diese Taten war daher nicht möglich. Es darf als sicher gelten, dass sowohl die kolumbianischen Gerichte als auch der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte angerufen werden, um über die aktuelle Vereinbarung zwischen Regierung und FARC und deren Umsetzung zu befinden.

Kolumbiens öffentliche Meinung ist beim Thema politische Zugeständnisse an die FARC extrem polarisiert. In Umfragen befürwortet zwar eine knappe Mehrheit das Ziel der Gespräche – die Beendigung des Bürgerkriegs –, Zugeständnisse an die FARC lehnt die Mehrheit der Befragten aber ab. Vor diesem Hintergrund müssen zunächst das kolumbianische Parlament und anschließend die Gerichte auf unterschiedlichen Ebenen entscheiden, welche Straftaten unter den Begriff der „politischen Delikte“ zu fassen sind. Damit wird eine politisch und rechtlich brisante Grenze zwischen politischer (legitimer) und krimineller (illegitimer) Gewaltanwendung gezogen. Abgesehen davon, dass diese Grenze kaum eindeutig festzulegen ist und die Definition, was in einer Gesellschaft als kriminell gilt, fließend ist, entstehen so Täter und Opfer unterschiedlicher Kategorien.

Das Abkommen zur Sondergerichtsbarkeit stellt ebenso wie die drei anderen 2013 und 2014 vereinbarten Teilabkommen – zur ländlichen Entwicklung, zur politischen Beteiligung der FARC und zum Drogenanbau – einen „kleinsten gemeinsamen Nenner“ zwischen Regierung und FARC dar, nicht einen von der Mehrheit der Bevölkerung getragenen Konsens. Die Umsetzung des umfassenden Friedensabkommens hängt vor allem von den Konfliktlagen und Machtkonstellationen in den einzelnen Regionen Kolumbiens ab.

| Dezentralisierung als Mittel der Konfliktbearbeitung?

Kolumbien ist historisch ein Land der Regionen, in dem regionale Eliten die Herausbildung eines starken Zentralstaats erfolgreich zu verhindern wussten. Die bis zur Reform im Jahr 1991 geltende Verfassung von 1886 war zwar zentralistisch, Kernmerkmale moderner Staatlichkeit wie das Gewalt- und Steuermonopol blieben aber prekär. Nicht zuletzt aus diesem Grund dominierten bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts innerstaatliche Gewaltkonflikte zwischen regionalen Eliten. Mit dem Aufkommen neuer Akteure wie den FARC in den ländlichen Gebieten und anderen Guerillagruppen in den wachsenden Städten war das politische Modell des Ausschlusses großer Bevölkerungsteile nicht mehr tragfähig.

Der erste umfassende Friedensprozess der Regierung mit den FARC und anderen Guerillagruppen in den 1980er Jahren leitete die politische Dezentralisierung Kolumbiens ein. Über politische Reformen – vor allem die Dezentralisierung des politischen Systems – wollte die Regierung von Belisario Betancur (1982-1986) die Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung verbessern und der wachsenden Gewalt den Nährboden entziehen. Dazu sollte nicht nur die direkte Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte dienen, sondern auch die Verlagerung von Zuständigkeiten, insbesondere bei der Verwendung öffentlicher Finanzen, in die Regionen und Kommunen.

Diese Reformpolitik fand allerdings wenig Unterstützung unter den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten Kolum-

Die Konfliktparteien

Der Staat

(Bundes-)Polizei, die Streitkräfte und Inlandsgeheimdienst Departamento Administrativo de Seguridad (DAS) kämpfen gegen die Guerilla-Gruppen, sind aber auch für die Ermordung von Zivilisten und andere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich.

Paramilitärs

Die Autodefensas Unidas de Colombia (AUC) waren als Dachverband rechtsgerichteter paramilitärischer Gruppen einer der Hauptakteure des bewaffneten Konflikts. Die Paramilitärs, die mit dem Geheimdienst DAS kooperierten, wurden 2006 offiziell aufgelöst, Teile setzen jedoch ihren Kampf fort.

BACRIM

Die „neuen kriminellen Banden“ (BACRIM – bandas criminales) sichern insbesondere Drogenanbaugelände und illegale Minen und sind verantwortlich für die Vertreibung von Zivilisten.

FARC

Die marxistische F.A.R.C.-E.P. (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee) entstand Ende der 1940er Jahre. Die FARC finanziert sich über Entführungen und Drogengeschäfte und hat daher an Unterstützung aus der Bevölkerung eingebüßt.

ELN

Auch die 1964 gegründete Ejército de Liberación Nacional (Nationale Befreiungsarmee) gilt als marxistisch orientierte Guerillabewegung, jedoch mit starkem Einfluss der Befreiungstheologie. Ende März 2016 kündigte die Regierung direkte Friedensgespräche auch mit der ELN an.

Stephan Günther

biens. Zwar traten die Reformen trotz des Scheiterns des Friedensprozesses 1985 in Kraft, sie führten aber in der Folgezeit nicht zu einer Eindämmung, sondern eher noch zu einer Ausweitung der Gewalt. Allein im Um-

»Was ich vom Friedensvertrag halte? Ich weiß nichts von einem Frieden, hier wird es nur immer schlimmer.«



»Ich lebe mit meiner Familie in einer kleinen Gemeinde am Kanal. Wir leben vom Fischfang und von Kokosnüssen, aus denen wir Öl machen. Eigentlich bewirtschaften wir auch einige Felder ein Stück weiter oben, aber der Weg dorthin ist gefährlich. Schon zwei Mal mussten wir unser Dorf verlassen, weil sich bewaffnete Gruppen direkt vor unserer Haustür Gefechte lieferten. Mit Hilfe der Caritas bin ich zurückgekehrt. Wovon hätte ich meine Familie in der Stadt ernähren sollen?»

Eigentlich sind wir hier 15 Familien, davon 20 Kinder. Aber nach unserer letzten Vertreibung sind nicht alle wieder mit zurückgekommen. Der Konflikt macht die Dorfgemeinschaft kaputt.

Ich hoffe, dass der Frieden irgendwann tatsächlich auch hier ankommt. Meine Kinder sollen zur Schule gehen und eine Ausbildung machen können. Mein größter Wunsch ist, dass es ihnen einmal besser gehen wird als uns heute.«

Luis Sinistera, 32 Jahre, vier Kinder

feld der ersten Direktwahl von Bürgermeistern im Jahr 1988 starben (und verschwanden) mehr Menschen als bei direkten Auseinandersetzungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Gewaltakteuren zuvor. Die Hälfte der Opfer kam aus dem Umfeld der von demobilisierten FARC-Kämpfern gegründeten Partei Unión Patriótica (UP). Für die FARC ist die Erfahrung, dass die Niederlegung der Waffen und die legale politische Betätigung mehrere Tausend ihrer Kandidaten, Repräsentanten und Mitglieder das Leben kos-

tete, bis heute ein Trauma. Schon deshalb bleibt die Frage der Sicherheitsgarantien nach einer Demobilisierung für sie zentral.

Die Verlagerung von Zuständigkeiten und Finanzen auf die kommunale Ebene, die 1991 auch formal in der Verfassung verankert wurde, machte die politische, wirtschaftliche und soziale Kontrolle der Gemeinden noch attraktiver. Das galt für alle nichtstaatlichen Akteure, also Guerilla und Paramilitärs, glei-

chermaßen. Sie ermöglichte Zugang zu öffentlichen Ämtern und Posten, aber auch zu Geld. Durch den zeitgleichen Aufschwung des internationalen Drogenhandels stieg das Interesse an territorialer Kontrolle noch zusätzlich und die Kriegskassen der nichtstaatlichen bewaffneten Akteure füllten sich.

Damit war die Regionalisierung von Krieg und Gewalt zumindest teilweise eine nicht beabsichtigte Folge der Dezentralisierungspolitik. Die räumliche Expansion der Guerillagruppen verdeutlicht das Ausmaß dieser Entwicklung: Im Jahr 1985 waren die beiden heute noch aktiven Guerillagruppen FARC und Ejército de Liberación Nacional (ELN) lediglich in 95 der 1099 Kommunen des Landes aktiv; 1995 agierten sie bereits in 353 und im Jahr 2002 sogar in 600 Gemeinden.

In einigen Teilen des Landes operiert neben den staatlichen Sicherheitskräften nur eine einzige nichtstaatliche Gruppe, in anderen sind es gleich mehrere. In den letzten beiden Dekaden kam es gerade in den Gebieten zu den heftigsten gewaltsamen Auseinandersetzungen, in denen sich mehrere bewaffnete Akteure die Kontrolle streitig machten. Dies galt beispielsweise für die Atlantikküste im Norden des Landes, bis die paramilitärischen Gruppen die Oberhand behielten. Die FARC dominieren dagegen im Südwesten (siehe Karte Seite 10).

| Die regionale Dimension der Gewalt

Die Gewalt stieg in den letzten Jahren insbesondere im Umfeld von Drogenanbau und -handel an, aber auch andere Ressourcen und Problemlagen im ländlichen Raum spielen eine wichtige Rolle. Kolumbien gehört immer noch zu den Ländern mit der weltweit größten Ungleichheit in der Landverteilung: 1,5 Prozent der Grundbesitzer verfügen über knapp ein Drittel des Bodens. Dies trägt ebenso wie der Mangel an Perspektiven für die ländliche Entwicklung zur Attraktivität bewaffneter Gruppen und der Drogenökonomie bei. Zwar hat sich die Landnutzung verändert – sowohl als Folge wirtschaftlicher Entwicklungen als auch aufgrund der Gewalt –, beides hat aber das Entwicklungsmodell im Agrarsektor reproduziert oder sogar verschärft.

Kaffee war lange Zeit Kolumbiens Hauptexportprodukt. Traditionell wurde es von

Kleinbauern angebaut. Preisschwankungen wurden über ein einzigartiges Ausgleichssystem für die Produzenten abgedeckt. Noch im Jahr 1982 dominierte der Kaffee den Außenhandel Kolumbiens (50 Prozent). In den letzten Jahren spielt dagegen Erdöl (2012: 45 Prozent) die wichtigste Rolle, gefolgt von Kohle an zweiter Stelle (2012: 13 Prozent). Kaffee kommt mit nur noch etwas über drei Prozent eher eine symbolische Rolle zu. Diese wirtschaftliche Umstrukturierung hat Folgen für die Umsetzung der im Friedensvertrag formulierten Rechte auf Landrückgabe und Rückkehr von Vertriebenen.

Betroffen sind viele Menschen: Bei einer Gesamtbevölkerung von 49 Millionen wurden in den vergangenen Dekaden in Kolumbien sechs Millionen Menschen gewaltsam vertrieben, verloren Land, Wohnung und vielfach die physische und psychische Gesundheit. Diese Opfer haben bereits seit der Verabschiedung des Gesetzes 1148 (Ley de Víctimas y Restitución de Tierras) im Jahr 2011 ein Anrecht auf Entschädigung und/oder Rückgabe. Der Restitutionsprozess verläuft jedoch sehr schleppend, viele Vertriebene verfügen nicht über formale Titel auf ihr früheres Land. Vielfach werden inzwischen neue Exportprodukte wie Palmöl angebaut. Freihandelsabkommen und auf den Export orientierte Entwicklungspläne führen dazu, dass „die Rückgabe von Land lediglich ein dekoratives Element im Kontext einer mächtigen agrarischen Gegenreform“ ist, so der Menschenrechtsanwalt Iván Cepeda Castro in einem Gastkommentar für die Zeitung *El Espectador* im Juni 2015. Damit ist eine Rückkehr zu kleinbäuerlichen Produktionsweisen für Millionen Vertriebene und ihre Familien nicht nur schwierig, sondern de facto ausgeschlossen. Die Gewalt hat in vielen Regionen des Landes Fakten geschaffen, an denen die Beendigung des Bürgerkrieges wenig ändern wird.

Die gegenwärtige Polarisierung der öffentlichen Meinung in Bezug auf die Gespräche und Vereinbarungen in Havanna spiegelt die unterschiedliche Betroffenheit von Krieg und Gewalt wider. Präsident Santos hatte seinen Wahlkampf im März und Mai 2014 ganz auf die Friedensverhandlungen und deren Abschluss abgestellt. Seine Wiederwahl mit

knapper Mehrheit im zweiten Wahlgang verdankte er der breiten Zustimmung in der Hauptstadt Bogotá, aber auch in den von der Gewalt am stärksten betroffenen ländlichen Regionen. Der von Expräsident Uribe unterstützte Gegenkandidat Jaime Zuluaga gewann dagegen vor allem im Landesinneren. Bereits kurz nach Beginn seiner zweiten Amtszeit sank die Zustimmung zu Santos' Amtsführung dramatisch. Die öffentliche Bewertung der Gespräche in Havanna änderte sich in der Folge je nach Konjunktur.

| Vom Friedensvertrag zum gesellschaftlichen Konsens

Die Friedensgespräche zwischen Regierung und FARC haben in den vergangenen Jahren international viel Unterstützung gefunden. Die Regierungen Norwegens und Kubas fungierten als „Garanten“, Chile und Venezuela begleiteten die Gespräche. Die US-amerikanische und die deutsche Regierung ernannten Sonderbeauftragte. Und auch der Papst rief bei seiner Kubareise im September 2015 dazu auf, den Friedensprozess in Kolumbien nicht scheitern zu lassen.

Präsident Santos verwies schon vor der Unterzeichnung des Abkommens zur Sondergerichtsbarkeit darauf, dass nicht alle mit dem Ergebnis zufrieden sein würden, eine Beendigung des Krieges aber zumindest neue Opfer verhindere. Diese eher „negative“ Interpretation ist für eine breite gesellschaftliche Verankerung des Friedensprozesses nicht ausreichend. Die Regierung wird in den kommenden Monaten einen Großteil ihrer Kreativität darauf verwenden müssen, eine positive Botschaft zu formulieren. Die Mehrheit der Kolumbianer sollte wenigstens die Hoffnung haben, dass ein Abkommen mit den FARC für alle von Vorteil ist. Anderenfalls droht das endgültige Abkommen beim versprochenen Referendum an den Urnen zu scheitern – und damit die Friedenspolitik insgesamt.

Damit Friedensvereinbarungen auch umgesetzt werden, muss im ganzen Land die Erkenntnis wachsen, dass Gewalt – egal von welcher Seite – gesellschaftliche Probleme nicht löst, sondern verschärft. Kolumbien gehört heute zu den wenigen Ländern Südamerikas, die ein makroökonomisches Wachstum verzeichnen. Gelingt die Beendigung

des längsten Bürgerkrieges der Region und können die Vereinbarungen von Havanna so umgesetzt werden, dass ein größerer Teil der kolumbianischen Bevölkerung an diesem Wachstum teilhaben kann, wäre eine wichtige Voraussetzung für eine dauerhafte Befriedung erreicht. Die internationale Gemeinschaft sollte mit außenpolitischen, aber auch entwicklungspolitischen Instrumenten die Umsetzung der Vereinbarungen in diesem Sinne unterstützen, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene. | |

Der vorliegende Text ist eine von den Verfassern autorisierte, gekürzte Fassung von: Sabine Kurtenbach und Philipp Lutscher (2015), Kolumbien – den Frieden gewinnen, GIGA Focus Lateinamerika, 06/2015, Hamburg: GIGA, online verfügbar unter <https://giga.hamburg/de/publication/kolumbien-den-frieden-gewinnen>

Literatur

Programa Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD) (2011), Colombia Rural – Razones para la Esperanza: Informe Nacional de Desarrollo Humano, Bogotá.

Semana (2012), Del Café al Petróleo, 27. August, Edición Impresa, 1582, 89. Semana (2015), Encuesta: Los Colombianos y la Paz, 3. Oktober, online: www.semana.com/nacion/galeria/sube-apoyo-al-proceso-de-paz/444944-3 (4. Oktober 2015).



Dr. Sabine Kurtenbach
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien; Schwerpunkte: Friedensprozesse, Nachkriegsgesellschaften, Jugendliche.



Philipp Lutscher
(BA Politik- und Verwaltungswissenschaft) arbeitete von Juli bis September 2015 als Praktikant am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien.

Eine Geschichte der Gewalt

Die Ursachen für Kriege und Konflikte in Kolumbien reichen weit in die Historie des Landes

| Stephan Günther

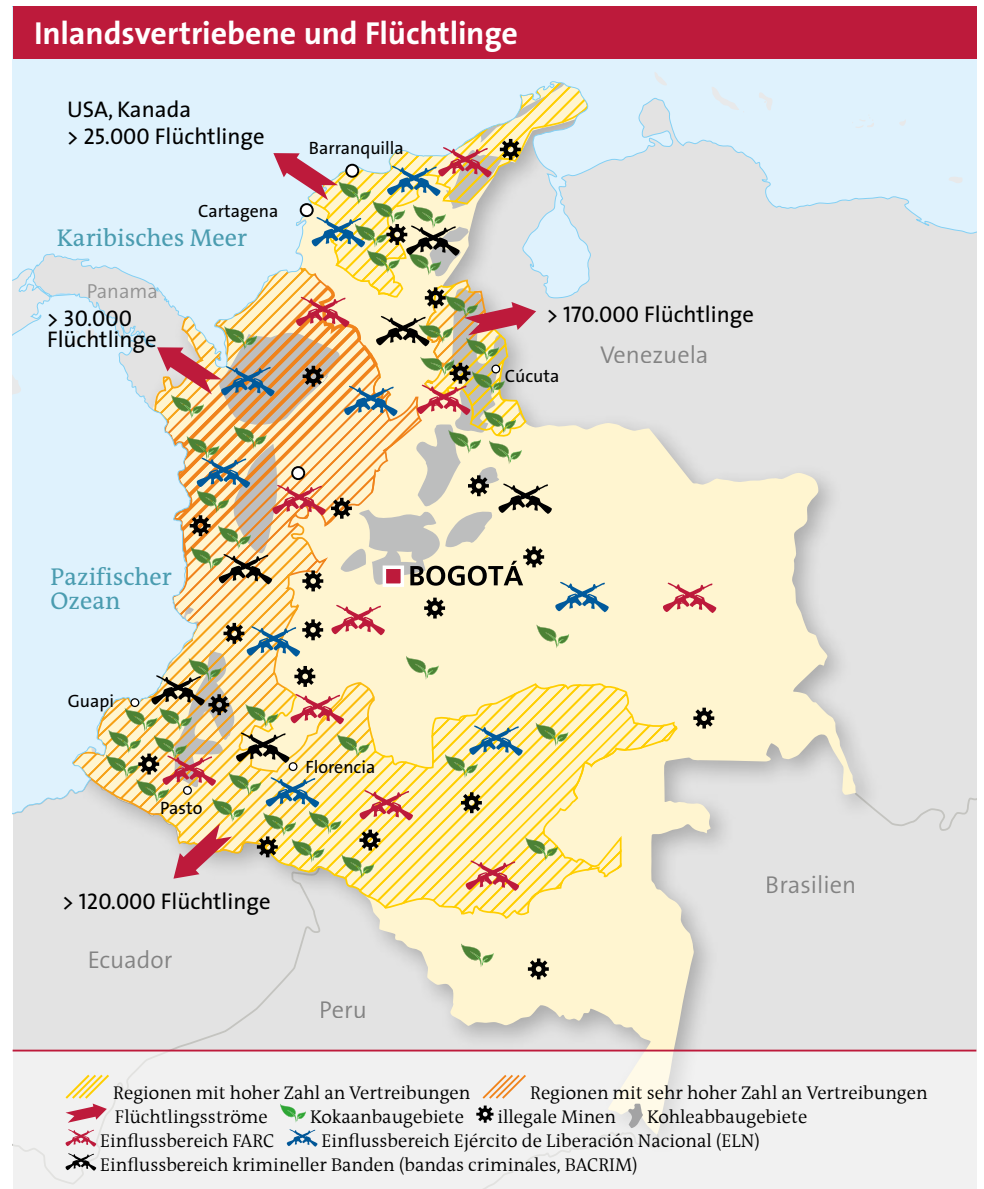
Von der Kolonialzeit über die Unabhängigkeitskriege, von den sozialen Kämpfen bis zur Drogenkriminalität ist die Geschichte Kolumbiens fast durchgängig von Gewalt geprägt. Die Hoffnung, dass der aktuelle Friedensprozess erfolgreicher verläuft als seine Vorgänger, gründet sich nicht zuletzt auf der Sehnsucht der Menschen nach einem Neuanfang.

Der Erfolgsroman „Hundert Jahre Einsamkeit“ des kolumbianischen Autors Gabriel García Márquez gilt nicht nur als zentrales Element des „Magischen Realismus“, der lateinamerikanischen Erzählform schlechthin. Das Werk des Literaturnobelpreisträgers wird in den Literaturwissenschaften vielfach auch als Spiegelbild der Geschichte Lateinamerikas interpretiert.

Jedenfalls entspricht die Handlung des Romans in vielerlei Hinsicht der Geschichte Kolumbiens. „Cien años de soledad“ – so der spanische Originaltitel – beginnt mit einem Mord, beschreibt die Systeme staatlicher Gewalt, die Schlachten des Bürgerkriegs, die Brutalität des Kolonialismus und endet mit der Zerstörung des Dorfes. Wie im Roman, so dominieren auch in der realen Geschichte Grausamkeiten, Gewalt und Krieg das Leben in Kolumbien.

| Kriegerische Vorgeschichte

Die indigenen Kulturen der vorkolonialen Zeit waren auch in Kolumbien nicht frei von Gewalt. Doch mit der Ankunft der Spanier in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts begann eine Epoche (1540-1810), die als „Conquista“ (Eroberung) wie in den meisten anderen lateinamerikanischen Regionen durch außergewöhnliche Brutalität gekennzeichnet war. Etwa 90 Prozent der indigenen Bevölkerung starben in diesem Zeitraum – durch von den Europäern eingeschleppte Krankheiten, durch Kämpfe und Kriege mit den Spaniern sowie durch Zwangsarbeit und Sklaverei. Seit dem frühen 17. Jahrhundert waren auch Sklaven aus Afrika im Kaffeean-



Sechs Millionen Inlandsvertriebene und mehrere Hunderttausend Flüchtlinge, die vor allem in die Nachbarstaaten gelangten – weit mehr als jeder zehnte Kolumbianer musste seine Heimat verlassen. Die Karte zeigt die Regionen vor allem im Norden und Südwesten, aus denen sie vertrieben werden. Es sind dieselben Gebiete, wo nichtstaatliche bewaffnete Gruppen aktiv sind, das Gros der Drogen angebaut wird und illegale Minen betrieben werden.

Quellen: Centro Nacional de Memoria Histórica; UNHCR, UNODC; GIGA; UPME (Unidad de Planeación Minero Energética)

bau, bei der Ausbeutung und Produktion von Gold und anderen Bodenschätzen und als Diener der spanischen Herren Opfer von Gewalt und Zwangsarbeit.

Die Unabhängigkeitskriege gegen Spanien endeten 1819 erfolgreich mit der Gründung der Republik Großkolumbien. Doch es folgten weitere instabile und kriegerische Jahrzehnte. Erst nach dem „Krieg der Tausend Tage“, in dem Liberale gegen Konservative kämpften und in dessen Folge sich Panama 1903 abspaltete, erlebte Kolumbien eine – zumindest für einen Teil der Bevölkerung – wirtschaftliche Blütezeit und erste soziale Reformen.

Aber bereits 1946 mündeten die alten Konflikte in einen erneuten Bürgerkrieg – „La Violencia“ („die Gewalt“). Als der aussichtsreichste Kandidat für die anstehenden Präsidentschaftswahlen, Jorge Eliécer Gaitán, der eine Landreform durchführen und die Armut der Landbevölkerung bekämpfen wollte, am 9. April 1948 ermordet wurde, kam es zu landesweiten Aufständen („Bogotazo“). Die konservative Regierung reagierte mit Gegen Gewalt und blutigen Massakern. Zwischen 1946 und 1953 fielen mehr als 200.000 Zivilisten den Kämpfen zum Opfer.

| Die Gründung der FARC

Während dieser Phase der Gewalt hatte die Kommunistische Partei Kolumbiens gemeinsam mit Bauernorganisationen 1949 in einigen Teilen des Landes unabhängige Republiken gegründet. Nachdem die Streitkräfte Kolumbiens mit CIA-Unterstützung 1964 eine davon – die República de Marquetalia – erobert hatten, gründeten die überlebenden Bewohner die Organisation Fuerzas Armadas Revolucionarias Colombianas (FARC). Seit dem 5. Mai 1966 ist die FARC offiziell der militärische Arm der Kommunistischen Partei Kolumbiens.

Das Bündnis „Nationale Front“, das Konservative und Liberale 1957 schlossen, legte einen Regierungswechsel der beiden Parteien nach jeweils vier Jahren fest. Dem Kampf vor allem linksgerichteter Gruppen gegen diesen Pakt begegneten regierungstreue paramilitärische Verbände mit weiterer Gewalt. Der Krieg eskalierte, als die FARC Bündnisse mit den stärker werdenden Drogenkartellen einging und rivalisierende Kartelle bekämpfte.



»Ich habe fünf Kinder und lebe seit unserer Vertreibung vor drei Jahren mit meiner Familie in der Siedlung Tierrabaja.

Anfangs war hier gar nichts, nur braune Erde. Wir haben die Siedlung gemeinsam aufgebaut, die Nachbarn haben sich gegenseitig geholfen. Kurze Zeit später kam die Polizei. Sie kamen mit Motorsägen und haben die Planen und Hütten zerstört. Wir haben alles wieder aufgebaut, die Häuser sind jetzt schöner als vorher.

Als Gemeindevorsteherin vertrete ich die Gemeinschaft und setze mich für die Hilfsbedürftigsten ein. Wer Probleme hat, kann zu mir kommen. Ich bin immer bereit zu helfen. In der Gemeinschaft teilen wir fast alles, auch wenn es oft nicht leicht ist. Inzwischen hat jeder eine Stunde am Tag fließendes Wasser, Elektrizität gibt es auch. Am meisten erfreut mich mein kleiner Hausgarten, in dem viele Heilkräuter wie Basilikum und Aloe Vera wachsen. Gemeinsam mit anderen Familien wollen wir bald ein größeres Stück Land bestellen.

Die Partnerorganisation der Diakonie Katastrophenhilfe hilft uns dabei.«

Maria Canto, 39 Jahre, fünf Kinder

Hoffnung auf ein Ende der Gewalt keimte 1985 auf, als Mitglieder der FARC und der Kommunistischen Partei eine neue politische Partei, die Patriotische Union (Unión Patriótica) gründeten, um damit ihren Kampf auf demokratischem Weg fortzuführen. Die Partei nahm zwar an Wahlen teil, doch wurden in den Jahren nach ihrer Gründung mehrere tausend Mitglieder von paramilitärischen Gruppen und Todesschwadronen ermordet oder entführt. Dies wiederum bestärkte den Teil der FARC, der weiter auf den bewaffneten Kampf setzte.

Präsident Álvaro Uribe (2002-2010) betrachtete die Mitglieder der FARC ausschließ-

lich als „Verbrecher“ und „Terroristen“ und machte Friedensverhandlungen unmöglich. Erst sein Nachfolger im Präsidentenamte Kolumbiens, Juan Manuel Santos, akzeptierte ein FARC-Angebot zu Gesprächen über ein Ende des bewaffneten Kampfes. Im Oktober 2012 begannen die Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC, zunächst unter Ausschluss der Öffentlichkeit in Norwegen. Spätestens seit September 2015, als erstmals Staatschef Santos und FARC-Vertreter Timoleón Jiménez zu den Friedensgesprächen in Havanna zusammenkamen, werden dem neuen Friedensprozess gute Erfolgsaussichten eingeräumt. ||

Stephan Günther ist Journalist und freier Mitarbeiter von Caritas international.

Rechte sichern und Schutz bieten

Die Arbeit von Caritas international in den Konfliktregionen Kolumbiens

| Philipp Lang

In manchen Landesteilen Kolumbiens bestimmen bewaffnete Gruppen das Geschehen und es existieren kaum staatliche Institutionen, in anderen besteht ein hoch entwickelter Staat mit den notwendigen Ressourcen für die Armutsbekämpfung. Im Mittelpunkt der Humanitären Hilfe stehen daher nicht materielle Hilfe und die Sicherung von Grundbedürfnissen, sondern die Unterstützung von Gemeinden in Konfliktregionen.

Kolumbien ist ein Land der Widersprüche. Einerseits halten seit Jahrzehnten Vertreibungsprozesse an, ganze Gemeinden im ländlichen Raum sind der Gewalt bewaffneter Akteure weitgehend schutzlos ausgeliefert, staatliche Institutionen sind dort nicht vorhanden oder korrupt, und wer als Konfliktopfer seine Rechte einfordert, wird bedroht und bezahlt dies nicht selten mit dem Leben. Extreme Ungleichheit, strukturelle Armut und Willkür bestimmen die Realität – hier gleicht Kolumbien einem „failed state“. Demgegenüber besteht in weiten Landesteilen ein hoch entwickelter und handlungsfähiger Staat. Dieser Staat hat als Antwort auf die humanitäre Notsituation und als Reaktion auf nationale und internationale Forderungen einen umfassenden Katalog an Rechten und Unterstützungsansprüchen für die Opfer des Konfliktes formuliert. Er verfügt auch über die notwendigen ökonomischen Ressourcen zu deren Umsetzung und zur Armutsbekämpfung.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich auch die Humanitäre Hilfe in Kolumbien. Nicht materielle Hilfen und die Sicherung von Grundbedürfnissen stehen im Vordergrund, sondern der Schutz und die Selbstorganisation der Gemeinden, die Einforderung bestehender Rechtsansprüche und die Sicherung des Zugangs zu staatlichen Programmen. Gemeinsam mit der Caritas Kolumbien hat

Caritas international in den vergangenen Jahren Ansätze entwickelt, wie vom Konflikt betroffene Gemeinden in diesen Bereichen unterstützt werden können.

| Schutz durch Präsenz

Die humanitären Krisenregionen in Kolumbien liegen meist in abgelegenen Gegenden des Landes, die von strategischem Interesse für die bewaffneten Gruppen sind – sei es zum Anbau von Drogen und den Handel damit, zum illegalen Abbau von Rohstoffen oder zur Umsetzung agroindustrieller Großprojekte. Durch Vertreibungen (in den Jahren 2013-2015 durchschnittlich 15.000 Personen pro Monat!), gezielte Bedrohungen und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung sichern sich die bewaffneten Akteure die territoriale Kontrolle.

Die Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla werden begleitet von Konkurrenzkämpfen zwischen verschiedenen bewaffneten Gruppen. Sie stoßen in das Machtvakuum innerhalb dieser strategischen Regionen vor, das durch einen Rückzug der FARC entstanden ist. So dehnen beispielsweise in der Grenzregion zu Panama und in der Pazifikregion seit 2015 mit dem Drogenhandel verbundene paramilitärische Gruppen ihr Einflussgebiet aus. Die kolumbianische Menschenrechtsorganisation INDEPAZ dokumentiert in ihrem jüngsten Bericht die Präsenz paramilitärischer Gruppen in insgesamt 338 Gemeinden (municipios). Das entspricht etwa einem Drittel aller Gemeinden des Landes.

Der Zugang für humanitäre Organisationen zu diesen Regionen ist oft sehr eingeschränkt. Die Handlungsfähigkeit der Caritas basiert in diesem schwierigen Umfeld darauf, dass sie als lokal verankerte kirchliche Organisation in der Regel von allen Konfliktparteien als neutraler Akteur wahrgenommen wird. Daher können die Projektteams in den betroffenen Gemeinden regelmäßig präsent sein. Ihre Anwesenheit hat eine Schutzfunktion, die von den Gemeindegliedern immer wieder als eine der wichtigsten Wirkungen der Projekte bestätigt wird. Durch gemeinsame Aktivitäten wie das Anlegen von Gemüsegärten, Maßnahmen zur Verbesserung der Unterkünfte oder die

Bereitstellung von Wasserfiltern entsteht ein Vertrauensverhältnis zwischen den Projektteams und den Gemeinden. Informationen über die Entwicklung der Situation können ausgetauscht und gesammelt werden. Mit den Gemeinden werden Selbstschutzpläne erarbeitet: Sie enthalten eine Analyse der Sicherheitsrisiken sowie Präventionsmöglichkeiten. Und sie zeigen auf, wie bei akuter Bedrohung zu reagieren ist.

Spitzt sich die Situation zu, etwa durch neue Vertreibungen, Verhängung einer Ausgangssperre in der Gemeinde oder Drohungen gegen einzelne Personen und Familien, wird gemeinsam mit den Gemeinden entschieden, welche staatlichen Institutionen anzurufen sind und welche Maßnahmen ergriffen werden können, um zu einer Verbesserung der Sicherheitslage beizutragen. Oft gelingt es auch Direktorinnen und Direktoren der lokalen Caritasgliederungen oder Gemeindepriestern, direkte Kommunikationskanäle zu bewaffneten Gruppen zu erschließen, die zum Schutz der Gemeinden genutzt werden können.

Durch die regelmäßigen Projektbesuche wird allen bewaffneten Akteuren signalisiert, dass etwaige Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung dokumentiert und auf nationaler und internationaler Ebene bekannt gemacht werden. Natürlich bietet dies keine absolute Sicherheit. Für viele Gemeinden ist die Begleitung durch die Caritas jedoch der letzte Schutz gegen das Vergessen.

| Rechte-basierte Ansätze

Alle Opfer des bewaffneten Konfliktes haben Anspruch auf staatliche Unterstützung. Sie haben das Recht auf humanitäre Erstversorgung, ihnen steht die Rückgabe von Land und die juristische Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen zu. Die Unkenntnis der Betroffenen über die jeweiligen Regelungen und bürokratische Hürden erschweren es jedoch, entsprechende Unterstützung einzufordern. Weitere Hindernisse sind erlittene Traumatisierungen und die Angst vor erneuter Verfolgung, falls Verbrechen dokumentiert und zur Anzeige gebracht werden.

Hier setzt die juristische Beratung durch die Caritas an. In Schulungen informiert sie

»Nach 20 Tagen bin ich aus dem Koma aufgewacht. Ich wusste, ich war am Ende meiner Träume angekommen.«



»Am 17. März 2011 bin ich auf eine Mine getreten. Ich war zur Beerdigung meines Onkels in mein Heimatdorf gekommen. Am Abend vorher hatte sich die Guerilla wieder Gefechte mit dem Militär geliefert. Die Stromleitung war gekappt, das Dorf saß im Dunkeln. Am Tag darauf kamen die Techniker des Energieversorgers, um die Leitungen zu flicken. Ein paar Männer aus dem Dorf sollten ihnen dabei helfen. Also ging ich mit hoch auf die Anhöhe, wo der Strommast steht. Dabei trat ich auf eine Mine.

Die Explosion spürte ich nicht. Aber ich werde nie vergessen, wie ich da lag und schrie. Es dauerte bis man mir half, weil alle Angst vor weiteren Minen hatten. Irgendwann hat mich eine Nachbarin auf den Weg gezogen, da hatte ich bereits das Bewusstsein verloren.

Ich lag 20 Tage lang im Koma. Als ich aufwachte, stellte ich fest: Mir fehlt ein Bein, eine Hand, und das zweite Bein ist zu 80 Prozent zerstört.

Die Caritas begleitet mich von diesem ersten Moment an, bis heute.«

Libio Manuel Betancourth, 25 Jahre, zwei Kinder

die Familien über ihre Ansprüche und über die zuständigen staatlichen Institutionen. Ergänzend dokumentieren Juristinnen und Juristen die Ereignisse und reichen notwendige Unterlagen und Anträge ein. Die Begleitung durch die Caritas bietet Schutz gegen Repressalien, gezieltes Nachfragen bei Behörden beschleunigt oft die Bearbeitung der vorgebrachten Fälle. Auf diese Weise konnten viele Konfliktopfer ihre Rechte wahren und mit staatlicher Unterstützung einen Neustart schaffen.

| Stärkung des Gemeinwesens, psychosoziale Begleitung und Friedensförderung

Die meisten vertriebenen Familien stranden in Siedlungen in städtischen Randgebieten. Sie sind ihrer Existenzgrundlage beraubt, oft sind sie traumatisiert, Misstrauen und Angst auch gegenüber den unbekanntem Nachbarn bestimmen ihr soziales Umfeld. Die Caritas versorgt sie mit Nahrungsmitteln und bringt sie in Notunterkünften unter. Außerdem

sorgt sie für psychosoziale Begleitung durch Sozialarbeiter und Psychologen. Individuelle oder familientherapeutische Maßnahmen zielen auf eine erste emotionale Stabilisierung. Gemeinsame Aktivitäten – wie die Zubereitung von Mahlzeiten in Suppenküchen, die Verbesserung der Zugangswege und Reparaturarbeiten an den Unterkünften – führen dazu, dass gegenseitiges Vertrauen sich aufbaut. Gewalt und Gegengewalt haben über Jahre hinweg die Beziehungen innerhalb der Gemeinden geprägt und die Dominanz der bewaffneten Akteure gefördert. Um dem entgegenzuwirken, unterstützen die Mitarbeitenden der Caritas die Gemeinden darin, gewaltfreie Konfliktbearbeitungsmechanismen zu etablieren. So werden bereits in der Nothilfe Grundlagen für die weitere Entwicklung der Gemeinden gelegt.

| Ausblick

Die derzeit wichtigsten Aufgaben der Caritas bestehen darin, die Begleitung der Gemeinden in den konfliktträchtigsten Regionen fortzusetzen, die Einhaltung von Vereinbarungen des Friedensabkommens zu überwachen und die humanitäre Lage zu dokumen-

tieren. Der Gefahr, dass bestimmte Landes- teile und ihre Bevölkerung weiter von bewaffneten Gruppen kontrolliert werden, muss entgegengewirkt werden. Die Freude über die Chancen, die mit einem formellen Friedensabkommen verbunden sein werden, dürfen nicht dazu führen, dass die nach wie vor schwierige humanitäre Lage in vielen Regionen des Landes aus dem Blick gerät. Die Frage, ob der kolumbianische Staat bereit ist, gegen Gewaltakteure und ihre Unterstützer in Politik und Wirtschaft vorzugehen, ist von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung. Auf Dauer kann nur mehr Gerechtigkeit den Frieden im Land sichern. | |



Philipp Lang
ist Projektreferent für
Kolumbien bei Caritas
international.

Menschenwürdige Lebensbedingungen schaffen

Die Arbeit der Diakonie Katastrophenhilfe in den Konfliktregionen

| Anne Dreyer

Gewalt, Vertreibung und Unsicherheit: Seit 50 Jahren herrscht in Kolumbien ein folgenschwerer Bürgerkrieg. Zwar laufen seit 2012 Friedensverhandlungen zwischen den Kontrahenten, doch die humanitäre Situation bleibt desaströs. Der Bevölkerung fehlt es häufig an sicheren Unterkünften oder Nahrung, während die öffentlichen Hilfeleistungen minimal sind. Überdies zählt Kolumbien nach wie vor zu den Staaten mit den meisten Binnenvertriebenen als besonders verwundbare Bevölkerungsgruppe. Die Diakonie Katastrophenhilfe engagiert sich deshalb dafür, die Lebensbedingungen für die betroffenen Menschen zu verbessern.

Im Departement Caquetá ist die Situation besonders ernst. Dort lebt landesweit die höchste Anzahl Binnenvertriebener im Verhältnis zur Bevölkerung. Ein Großteil von ihnen wohnt in illegal errichteten Siedlungen am Rande von Florencia, der Hauptstadt des Departments, und in San Vicente del Caguán. Auf diese beiden Städte konzentriert sich das Projekt, das gemeinsam mit der lokalen Partnerorganisation Corporación Manigua, kurz: Corpomanigua, durchgeführt wird.

Die Organisation mit Hauptsitz in Florencia, seit 2006 Partner der Diakonie Katastrophenhilfe, arbeitet in ländlichen wie städtischen Gebieten des Departments Caquetá. Ihr Ziel ist es, das Leben und die Umwelt zu schützen sowie Kompetenzen und Werte für ein gutes Zusammenleben in den Gemeinden zu fördern. Zu ihren Schwerpunkten gehören unter anderem die psychosoziale Unterstützung für vom Konflikt betroffene Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene, Familien und Gemeinden. Corpomanigua fördert die Eigenproduktion von Nahrungsmitteln und die Organisation von Gruppen der solidarischen Wirtschaft.

In den Siedlungen von Florencia und San Vicente del Caguán fehlt es an lebensnotwendiger Infrastruktur: Viele Betroffene entnehmen ihr Wasser aus kontaminierten Brunnen oder Kanälen. Die selbst errichteten Unterkünfte bestehen aus Plastikfolien oder anderen Recycling-Materialien und bieten kaum Schutz. Zudem verfügen sie über keine räumliche Trennung oder gar angemessene Latrinen.

Da die meisten vertriebenen Familien in der neuen Heimat keiner bezahlten Arbeit nachgehen, ist ihre wirtschaftliche Lage instabil. Das beeinträchtigt auch ihre Ernährung – vor allem Kinder und Jugendliche sind fehl- und unterernährt. Darüber hinaus leiden die Betroffenen unter seelischen Problemen – durch den Verlust ihrer Heimat und Einkommensquellen, durch traumatische Ereignisse wie die Ermordung von Angehörigen oder durch systematische Zwangsrekrutierungen. In Caquetá werden

besonders viele Kinder und Jugendliche von bewaffneten Gruppen zwangsrekrutiert. Teilweise wurden ganze Jahrgänge an den Schulen von Rebellen angeworben. Auch sind Jugendliche sehr gefährdet, in illegale Aktivitäten, wie den Drogenhandel und -konsum oder Kleinkriminalität, eingebunden zu werden.

Die Situation der Menschen wird dadurch verschärft, dass die internationale humanitäre Hilfe in der Region zurückgeht und viele Organisationen ihre Arbeit dort einstellen.

| Nahrungsmittel, bessere Unterkünfte und psychosoziale Hilfe

Mit dem Ziel, sichere und menschenwürdige Lebensbedingungen für die vom Konflikt betroffenen Menschen zu fördern, setzt die Diakonie Katastrophenhilfe in verschiedenen Bereichen an:

Stabilere Lebensbedingungen: Um die Ernährungssituation kurzfristig zu verbessern, erhalten Familien Nahrungsmittel sowie Haushalts- und Hygieneartikel wie Kochtöpfe und Seife. In Fortbildungen erfahren sie, wie sie Lebensmittel sicher lagern und zubereiten. Die Wasserversorgung, Abwasserentsorgung sowie die Abfallwirtschaft sind Thema in einer weiteren Fortbildung. Die Teilnehmer lernen so unter anderem, wie sie Wasserfilter richtig einsetzen und instand halten oder Krankheitsüberträger wie Ratten und Kakerlaken kontrollieren können. Ergänzend dazu erhalten sie für ihre Familien Wasserfilter und -tanks sowie technische Beratung und Material zum Bau von Sanitäreinrichtungen wie Duschen oder Latrinen, aber auch Material zur Verbesserung ihrer Unterkünfte.

Ernährung und Einkommen sichern: Die Familien sollen künftig besser in der Lage sein, sich selbst zu versorgen. Deshalb erhalten sie ein Training zum Anbau von Gemüse sowie technische Hilfe beim Anlegen eines Gartens. Für die Bewirtschaftung werden den Familien Arbeitsgeräte und landwirtschaftliches Material bereitgestellt. Zudem unterstützt die Diakonie Katastrophenhilfe diese Familien dabei, an solidarischen Märkten – selbstverwalteten Wirtschaftsinitiativen

Department Caquetá

- Grad der Binnenvertreibung: 19 Prozent (Grundlage: Zahl der Binnenvertriebenen pro 1.000 Einwohner)
- Unterversorgung mit Lebensmitteln: 85 Prozent
- 70 Prozent der Bevölkerung leiden durch den Konflikt unter psychischen Problemen.
- 14,8 Prozent der Rekrutierungen von Kindern und Jugendlichen durch bewaffnete Akteure finden in Caquetá statt.
- Opfer: bis 2012 86.547 Anzeigen in Florencia, 31.268 Anzeigen in San Vicente del Caguán – 23 Prozent der Opfer in Florencia (Tendenz steigend) und 26 Prozent in San Vicente del Caguán durch Rekrutierung von Kindern und Jugendlichen; 3.449 Opfer im Landkreis Florencia zwischen 2012 und 2014.
- Der Landkreis San Vicente del Caguán war zwischen 2013 und 2014 eines der am stärksten vom Konflikt betroffenen Gebiete im Department.



»Die Guerilla drohte mir, meine beiden Söhne wegzunehmen. Ich hätte sie niemals wiedergesehen.«

»Die Gewalt auf dem Land war schrecklich. Die Guerilla drohte mir, meine beiden Söhne wegzunehmen. Ich hätte sie niemals wiedergesehen. Als ich die Drohungen nicht mehr aushielt, bin ich mit meinen Kindern in die Provinzhauptstadt Florencia geflohen. Wir konnten nur das Nötigste mitnehmen und haben fast alles verloren. Hier in der Siedlung konnten wir eine Bleibe finden. Aber das Land gehört uns nicht, wir bangen täglich, dass man uns wieder vertreibt. Als Familienoberhaupt und alleinerziehende Mutter kämpfe ich jeden Tag um das Überleben meiner Familie. Von der Partnerorganisation der Diakonie Katastrophenhilfe habe ich zehn Hühner bekommen. Durch den Verkauf von Eiern und Fleisch auf dem Wochenmarkt konnte ich weitere Hühner und Meerschweinchen dazukaufen. Der Ertrag hilft uns, am Monatsende über die Runden zu kommen.«

Gloria Arguelles, 44 Jahre, drei Kinder

ven, die sich an den Bedürfnissen der Beteiligten orientieren – teilzunehmen. In Gruppen können sie ihr Wissen über Ernährung und die Zubereitung von ausgewogenen Mahlzeiten mit den angebaute Früchten austauschen. Ferner organisieren die Teilnehmer Messen zum Austausch von Setzlingen und Saatgut.

Psychosoziale Unterstützung und Selbstschutz: Kinder und Jugendliche sind besonders verwundbar und sollen durch das Projekt gestärkt werden. Um ihrer Rekrutierung oder Beteiligung an illegalen Aktivitäten vorzubeugen, lernen sie Risikosituationen zu erkennen und sich selbst zu schützen. Die Kurse sind spielerisch aufgebaut und stärken neben der Vermittlung wichtiger Inhalte das Selbstbewusstsein und Miteinander der Kinder und Jugendlichen. Die Erwachsenen erhalten psychosoziale Unterstützung sowie Fortbildungen über ihre Rechte als Opfer. Insbesondere Frauen sind vom Konflikt betroffen, viele haben Gewalt erlebt. In Frauengruppen bekommen sie Unterstützung und können sich mit anderen vernetzen. Um generell den Zusammenhalt in den Gemeinden zu fördern, werden kleine Gebäude als Begegnungsstätten baulich verbessert und ausgerüstet.

Auch wenn es erste Schritte zu einem Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und der größten Rebellengruppe, der FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) gibt, bleibt die humanitäre Situation insbesondere in den vom Konflikt betroffenen Teilen des Land auf absehbare Zeit kritisch. Deshalb setzt sich die Diakonie Katastrophenhilfe mit ihren lokalen Partnerorganisationen dafür ein, die Lebensbedingungen der vertriebenen Familien und Opfer des Konflikts zu verbessern. | |



Anne Dreyer
ist Pressesprecherin der
Diakonie Katastrophenhilfe

„Darauf beharren, dass Gewalt der falsche Weg ist!“

Interview mit Bischof Héctor Fabio Henao Gaviria, Direktor der Caritas Kolumbien

Frieden in Kolumbien wird nicht allein mit einem Vertrag zu erreichen sein. Zu vielschichtig sind die Konflikte, zu ungerecht ist die Verteilung von Land und Ressourcen und zu groß ist die Bereitschaft mancher Bevölkerungsgruppen, notfalls mit Gewalt ihre Geschäftsinteressen zu sichern. Caritas-Direktor Héctor Fabio Henao Gaviria erläutert im Interview, welche Chancen und welche Schwierigkeiten mit dem Weg zum Frieden verbunden sind.

Msgr. Henao, nach Jahrzehnten des Bürgerkriegs ist endlich ein Friedensprozess in Gang gekommen. Sind Sie optimistisch, dass der formal in Havanna vereinbarte Frieden auch wirklich bewahrt werden kann?

Wir sind hoffnungsvoll, dass die Vereinbarungen zur Beendigung des bewaffneten Konflikts, die in Havanna ausgehandelt werden, im Land auch umgesetzt werden können. Aber wir müssen realistisch bleiben: Kolumbien ist geprägt durch die Präsenz verschiedener bewaffneter Gruppen, die außerhalb des Gesetzes agieren, wovon ohne Zweifel die FARC-Guerilla die bekannteste ist. Aber es gibt daneben zum Beispiel die Guerilla „Ejército de Liberación Nacional“ (ELN). Sie hat noch keine öffentlichen Gespräche mit der Regierung eingeleitet, sondern in jüngster Zeit ihre militärische Stärke demonstriert. Sollte die ELN-Guerilla nicht an den Verhandlungstisch gehen, können wir auch nicht von einem Ende des bewaffneten Konflikts sprechen. Dann wird in manchen Landesteilen das Klima der Konfrontation fortbestehen.

Welche Rolle spielen die anderen bewaffneten Gruppen?

Es gibt handfeste Drohungen von Gruppen, die sich aus ehemaligen Paramilitärs gebildet haben. Diese Gruppen haben Einfluss oder Kontrolle über Gebiete, die an traditionell von der FARC kontrollierte Regionen grenzen. Ein mögliches Szenario, das bereits jetzt Sorge macht, ist, dass diese Gruppen einen neuen Kampf beginnen, um die Gebiete zu erobern, in denen die Guerilla sich demobilisiert. Das ist eine ernste Bedrohung für die Friedensbemühungen. Die jüngsten ge-



Msgr. Héctor Fabio Henao Gaviria, Direktor der Caritas Kolumbien. Er kennt sowohl die Stimmung in der Bevölkerung als auch bei den Verhandlungsparteien, war er doch bereits in Havanna an direkten Gesprächen mit der FARC beteiligt und ist im Friedensrat der Regierung vertreten.

waltsamen Vertreibungen haben mit diesen Gruppen zu tun, die in Verbindung stehen mit illegalen Minen, mit dem Drogenhandel und anderen kriminellen Aktivitäten, für die Land benötigt wird.

Schließlich entwickelt sich auch die städtische Gewalt – insbesondere die Jugendgewalt – in besorgniserregender Weise und kann zu einer Gefahr für den Friedensprozess werden, wenn nicht adäquat auf sie reagiert wird.

Angesichts dieser drohenden Gewalt: Überwiegt Ihre Hoffnung auf Frieden oder Ihre Skepsis?

Wir haben zwar große Hoffnung, gleichwohl geben die Erfahrungen im humanitären Bereich Grund zur Sorge. Hoffentlich werden alle nötigen Maßnahmen umgesetzt, um den Erfolg des Friedensprozesses zu garantieren.

Was muss getan werden, um die Probleme auf dem Weg zum Frieden zu lösen?

Der Weg zum Frieden führt vor allem über die Comunidades, die Gemeinden, die vom bewaffneten Kampf betroffen sind. Seit mehr als 50 Jahren kennen sie keine andere Realität. Der Friedensprozess soll durch internationale Stellen beobachtet werden, aber das wird nicht funktionieren, wenn nicht auch die Gemeinden vor Ort ihn überwachen. Er wird in dem Maße erfolgreich sein, in dem er sie als diejenigen einbezieht, die die Vereinbarungen umsetzen. Ein Teil des Friedensprozesses wird von Bogotá aus zu planen sein, jedoch eng abgestimmt mit den lokalen Akteuren. Kolumbien ist ein kulturell sehr vielfältiges Land. Der bewaffnete Konflikt wirkt sich je nach Region sehr unterschiedlich aus; entsprechend müssen auch die Problemlösungen an die Gegebenheiten vor Ort angepasst sein.

Wird der Friedensprozess durch die kolumbianische Bevölkerung getragen?

Eines der größten Probleme hat mit der Polarisierung im Land zu tun. Ein bedeutender Teil der Gesellschaft unterstützt die Verhandlungen mit dem Ziel, dass der bewaffnete Konflikt ein Ende findet. Aber es gibt auch viele Menschen, die aus verschiedenen Gründen dagegen sind. Dies ist einer Demokratie eigen – nur kommt keine Diskussion in Gang über einen Weg, der gemeinsame Perspektiven für den Frieden eröffnet. Diese Polarisierung aufzuheben, ist von größter Bedeutung, denn die Glaubwürdigkeit der Friedensvereinbarungen steht und fällt damit, wie sich die Gesellschaft als ganze an die naheliegenden und notwendigen Aufgaben macht.

Ein weiteres, nicht minder wichtiges Thema: Über Jahrzehnte gab es keine Politik für die ländlichen Regionen. Die ländliche Bevölkerung wurde vom Staat nicht angemessen berücksichtigt. Jetzt muss der Blick wieder auf das Land gerichtet werden. Der erste Punkt der Vereinbarungen von Havanna ist eine integrale Landreform. Die erfordert einen grundlegenden politischen Wandel.

Die Caritas Kolumbien und andere humanitäre Organisationen sind immer wieder mit Fragen der Gerechtigkeit konfrontiert: Gerech-

tigkeit für die Hinterbliebenen der Kriegsoffer, Gerechtigkeit für die Vertriebenen, soziale Gerechtigkeit für die Armen im Land. Was ist nötig, damit der Wandel in einen Rechtsstaat gelingt?

In den Friedensvereinbarungen ist von einer sogenannten Übergangsjustiz die Rede. Es geht darum, das Leid, das der Bevölkerung angetan wurde, anzuerkennen, Maßnahmen zur Wiedergutmachung zu ergreifen und zu garantieren, dass das Unrecht sich nicht wiederholt – das sind bereits wichtige Schritte. Für viele Kolumbianer hängt die Glaubwürdigkeit des Friedensprozesses von den Antworten ab, die den Opfern gegeben werden.

Der Übergang zu einem Rechtsstaat bedeutet, Bedingungen zu schaffen, die die Wahrung der Menschenrechte für die gesamte Bevölkerung sicherstellen. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die den Vertriebenen ihre Würde und ihre Rechte zurückgeben.

Was meinen Sie mit Maßnahmen? Bessere Gesetze?

Vielleicht geht es gar nicht so sehr um mehr Gesetze, sondern darum, eine Kultur der Gesetzlichkeit und der sozialen Gleichheit zu etablieren. Eine Kultur, die Bürger in die Lage versetzt, Meinungsverschiedenheiten in dem Rahmen zu lösen, den das Gesetz vorgibt. Denn die Gewalt entspringt der Ungerechtigkeit. Bekanntlich ist Kolumbien ein von Grund auf ungerechtes Land. Das zeigt zum Beispiel eine Volksbefragung in der Landwirtschaft, die Präsident Santos voriges Jahr vorgestellt hat: Eine kleine Minderheit der Gesellschaft besitzt einen Großteil des Landes.

Die Caritas Kolumbien sucht gemeinsam mit den Opfern des bewaffneten Konflikts in sehr mühsamer Kleinarbeit nach Lösungen, die auf der Anerkennung der Rechte von Vertriebenen basieren. Wir haben lange mit dem nationalen Verband der Opfer auf eine Stellungnahme des Staates dazu hingearbeitet. Unsere Arbeit im politischen Bereich zielt darauf, dass Gesetze und Initiativen



»Manuel und ich schreiben unsere Texte selber. Die Ideen für die Songs hatten wir sofort im Kopf. Wir möchten in Schulen auftreten und anderen Jugendlichen zeigen, wie wir leben, was uns beschäftigt, wie zum Beispiel die Drogenproblematik in unserem Viertel.

Rap-Musik ist in Kolumbien verpönt, weil sie angeblich einen schlechten Einfluss auf die Jugend hat. Das ist, als wenn man sagen würde, alle Kolumbianer seien gewalttätig, nur weil einige von ihnen den Konflikt anstiften.

Mein Vater will, dass ich Soldat der kolumbianischen Armee werde, genau wie er. Aber ich möchte lieber Musik machen. Früher fand ich die Idee toll, die schönen Uniformen, der Respekt, den man bekommt. Man verdient auch gut, der Krieg und die Waffen bringen viel Geld. Aber es ist sehr hart, seine eigenen Landsleute umzubringen, für nichts und wieder nichts. Als ich meinen Vater fragte, wie viele Guerilleros (Mitglieder der FARC) er getötet habe, wurde er sehr still. Dann antwortete er, dass man diese Frage nicht stellen darf.«

Leo Rojas und sein Bruder Manuel, Gründer der Rap-Gruppe J-17, 17 Jahre

ein Klima der Gleichheit und der Gerechtigkeit schaffen. Wir stoßen dabei auf ein immer wiederkehrendes Hindernis – die enorme Korruption, die auf allen Ebenen existiert, vor allem wenn es um das Thema Gerechtigkeit geht. Die Menschen glauben nicht daran, dass das juristische System ihre Klagen zufriedenstellend aufnehmen wird.

Welche Aufgaben sehen Sie für die Caritas in diesem Prozess?

Für die Zeit nach dem Konflikt haben wir uns eine Reihe von Aufgaben gestellt. Erstens geht es um Schutz. Auf dem Land werden wir viel zu tun haben, um Bevölkerungsgruppen und verletzte Gruppen zu schützen. Wir bereiten uns auf neue Formen von Gewalt und Verletzung der Menschenrechte vor. Gemeinden, die von Antipersonenminen betroffen sind, werden viel Unterstützung benötigen.

Zweitens geht es um Stärkung der Gemeinden. Dabei denken wir vor allem an diejenigen, die besonders von dem bewaffneten Konflikt betroffen sind und die daher in höherem Maß bei der Umsetzung der Vereinbarungen einzubinden sind. Ein wichtiger Schritt könnte sein, ihnen Werkzeuge an die Hand zu geben, mit denen sie die Vereinbarungen überprüfen können.

Drittens geht es um soziale Kohäsion. Das bedeutet, den internen Dialog – die Fähigkeit zu gewaltfreier Konfliktlösung innerhalb der Gemeinde – zu stärken, aber auch die Fähigkeit, in einen Dialog mit Gruppen außerhalb einzutreten, die bislang als Feinde angesehen wurden. Dadurch kann eine Annäherung der ehemaligen Feinde möglich werden.



»Das illegale Goldschürfen verschmutzt das Wasser. Bei Überschwemmungen vergiftet es auch unsere Ernte und wir haben nichts zu essen.«

»Ich habe schon mehrere Vertreibungen erlebt. Das letzte Mal sind sie wir vor sieben Monaten zurückgekehrt. Neben der Angst vor neuer Gewalt macht uns vor allem das illegale Goldschürfen große Sorgen. Der Fluss wird immer mehr verunreinigt, wir können hier nicht mehr fischen, sondern müssen dafür raus aufs Meer.

Letztes Jahr hatten wir es geschafft, Mais anzubauen. Wir konnten ihn nicht essen, weil kurz vorher die Flugzeuge vorbeikamen, die Kokafelder aus der Luft mit Pflanzengift besprühen.

Die Caritas hat uns geholfen, einen Gemeindesaal zu bauen. Hier treffen wir uns regelmäßig und sprechen über alles, was die Gemeinde betrifft. Zusammen wollen wir versuchen, die Probleme Schritt für Schritt anzugehen. Es sind viele, aber es ist ein Anfang.«

Ana Peñol, Dorfvorsteherin, 26 Jahre, zwei Kinder

Wie kann der Dialog in Gang gebracht werden?

Das ist der vierte Punkt, den wir uns als strategisches Ziel gesetzt haben, der Dialog zwischen den Vertragsparteien des Friedensvertrags. Es ist sehr wichtig, auch in Krisensituationen den Weg des Dialogs beizubehalten. Wir haben über Jahre soziale Methoden des Dialogs erarbeitet, die sehr hilfreich in solchen Situationen sein können.

Ein fünfter Aspekt ist der regionale Friede. Es gilt, dafür einzutreten, dass die Lebensbedingungen der Bevölkerung mit ihren Bedürfnissen übereinstimmen. Dies wird Arbeit in produktiven Projekten, in gewerkschaftlicher Unternehmenskultur erfordern. Sechstens schließlich geht es um Vorbeugung. Die Arbeit gegen Jugendge-

walt in Städten wird verstärkt werden. Der wachsenden Anwerbung von Kindern und Jugendlichen durch illegale Gruppen muss begegnet werden.

Sie waren in die Verhandlungen von Havanna persönlich involviert. Welche Rolle haben Sie, hat die Caritas dabei gespielt, dass die Kriegsparteien an den Verhandlungstisch gekommen sind?

Die Caritas hat schon vor einigen Jahren einen Hilfsplan für den Friedensprozess in Kolumbien entworfen. Dieser Plan beinhaltet mehrere Ebenen. Einerseits stehen wir immer auf der Seite der Opfer – das hat uns Glaubwürdigkeit verliehen und Anerkennung verschafft, aber auch die Gelegenheit, unsere Stimme dafür zu erheben, den bewaffneten Konflikt zu beenden. Es hat enorme Überzeugungskraft gekostet, klar zu machen, dass das Leiden gestoppt werden muss. In Konfliktsituationen ist humanitäre Arbeit selbst schon ein Signal, ein Aufruf für ein Ende der Grausamkeiten.

Auf einer anderen Ebene hat unsere Arbeit gegenüber der Regierung ein Bewusstsein über die Kosten des Krieges und die Wichtigkeit des Friedens geschaffen. Aber das vielleicht Wichtigste war, dass wir auf organisierte gesellschaftlich aktive Gruppen zählen konnten. In Regionen, wo neue Konflikte aufflammten, haben diese Basisgruppen darauf beharrt, dass Gewalt nicht der richtige Weg ist. Mit ihnen ist es uns gelungen, ein Gespür dafür zu schaffen, dass der Ausweg aus festgefahrenen Konflikten oft in Kompromissen besteht.

Wagen Sie einen Blick in die Zukunft, ins Jahr 2026. Was wird sich in Kolumbien in zehn Jahren verändert haben?

Die Mentalität wird sich geändert haben, die Politik wird eine Kultur der sozialen Inklusion, der Anerkennung menschlicher Würde und der gewaltfreien Konfliktlösung pflegen. Und hoffentlich werden wir eine Gesellschaft frei von Korruption sein. | |

Interview und Übersetzung aus dem Spanischen: Stephan Günther

¡Basta ya!

Eine Ausstellung gibt den vergessenen Opfern des Konflikts das Wort

Die Bilder in diesem Dossier stammen aus der Wanderausstellung ¡Basta ya!, die gemeinsam von Caritas international und Diakonie Katastrophenhilfe erstellt wurde und ab Juni 2016 bundesweit an verschiedenen Orten gezeigt wird. Mit Kolumbien verbinden viele Menschen in Europa Karibikstrände, imposante Berglandschaften und Drogen – aber keine humanitäre Katastrophe. Und es stimmt ja auch: Kolumbien hat ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum, und immer mehr Touristen verbringen ihren Urlaub in atemberaubender Landschaft.

Aber Kolumbien belegt nach wie vor auch einen anderen unrühmlichen Spitzenplatz. Mit sechs Millionen Binnenflüchtlingen hat es – nach Syrien – die weltweit höchste Zahl an intern Vertriebenen. Wer diese Menschen treffen will, muss über Kolumbiens Großstädte

hinaus in den Cauca oder in den von drei Gebirgsmassiven durchzogenen Distrikt Nariño fahren. In dessen Bezirkshauptstadt Pasto nimmt mich John Ramirez mit ins Krankenhaus.

Wir besuchen eine junge Frau, deren Minenunfall noch keine Woche zurückliegt. Sie hat beide Beine verloren, zu Hause wartet ein sechs Monate altes Baby, und sie weiß nicht, wie es weitergehen soll. „Das“, sagt der Caritas-Psychologe, „ist hier unser Alltag“. Wer hier unterwegs ist, lernt schnell diese andere Realität kennen und bekommt eine Ahnung davon, wie weit weg – von hier aus betrachtet – der Regierungssitz Botogá ist.

Am deutlichsten drückt das Luis Sinistera aus, den ich treffe, als ich mit Padre Tobias die Dörfer entlang des Rio Guapi besuche. Der Fischer ist vor zwei Monaten in sein Dorf zurückgekehrt, aus dem er schon zweimal fliehen musste. Einmal, weil sich Militär und

Guerilla direkt vor seiner Tür ein Gefecht lieferten. Und einmal, weil zwei miteinander verfeindete Gruppen um ihre Vorherrschaft kämpften. Als ich ihn frage, was er von den Friedensverhandlungen in Havanna hält, sagt er: „Was für ein Frieden? Ich weiß nichts von einem Frieden, hier wird es nur immer schlimmer.“

Die Ausstellung ¡Basta ya! will den Konfliktopfern das Wort geben und hofft so dazu beizutragen, dass das Leid dieser Menschen nicht vergessen wird.

Andrea Edler ist Journalistin und freie Mitarbeiterin bei Caritas international.

Die Ausstellung „¡Basta Ya! – Kolumbiens Krieg und die Hoffnung der Menschen auf ein Ende der Gewalt“ kann bei Caritas international und der Diakonie Katastrophenhilfe ausgeliehen werden. Nähere Informationen dazu über: info@caritas.de oder bildung@diakonie-katastrophenhilfe.de

Anzeigen

WELT-SICHTEN

MAGAZIN FÜR GLOBALE ENTWICKLUNG UND ÖKUMENISCHE ZUSAMMENARBEIT

Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Umweltschutz
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

WELT-SICHTEN analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter www.welt-sichten.org oder Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 5-2016 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Stephan Günther (Caritas international), Stefan Libisch (Diakonie Katastrophenhilfe), Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Fotos: Jürgen Escher (S. 6; 8; 13; 18), Federico Rios (S. 3; 11; 15; 17)

Gestaltung: Angelika Fritsch, Silke Jarick

Verantwortlich i.S.d.P.:
Michael Brücker (Caritas international)
Thomas Sandner (Diakonie Katastrophenhilfe)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
www.welt-sichten.org

Bestellung bei:
vertrieb@diakonie-katastrophenhilfe.de
(Artikelnummer 219 102 620)
contact@caritas-international.de oder
Tel. 0761-200-590

Anzeigen

NABIL, 31, AUS ALEPPO

OLA, 24, AUS HOMS

YUSUF, 33, AUS HOMS

Keys of hope

ÜBER 12 MILLIONEN SYRER SIND AUF DER FLUCHT. SIE HABEN ALLES VERLOREN. NUR AN EINEM HALTEN SIE FEST. ES ERINNERT SIE AN DAS, WAS SIE EINST HATTEN UND WAS SIE HOFFEN, WIEDER ZU FINDEN.

SPENDEN SIE HOFFNUNG.
keys-of-hope.org



caritas international
DAS HILFSWERK DER DEUTSCHEN CARITAS

Diakonie 
Katastrophenhilfe

Weltweit hilfsbereit.

Soforthilfe, Wiederaufbau und Prävention. **Jeden Tag. Weltweit.**
Ihre Spende hilft. IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02